

Peter Kreuzer

Asiatische Weltsichten:

Der Kosovo als Baustein zur amerikanischen globalen
Hegemonie

HSFK-STANDPUNKTE 1/1999



Hessische
Stiftung
Friedens- und
Konfliktforschung

Mit der irrtümlichen Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad bekam der Kosovo-Konflikt urplötzlich eine neue – chinesische – Dimension. Bis zu jenem Zeitpunkt war die VR China – immerhin eine der fünf Veto-Mächte im UN-Sicherheitsrat – von den NATO-Staaten kaum wahrgenommen worden. Durchgängig ging es in Politik und Medien nur darum, Rußland (wieder) ins Boot zu holen. Vom kompromißlosen Widerstand Beijings gegen die westlichen Szenarien für den Kosovo und Jugoslawien erfuhr die westliche Öffentlichkeit bestenfalls in Nebensätzen. Auch wenn es sich beim Luftkrieg gegen Jugoslawien um einen regionalen europäischen Konflikt handeln mag, in dem die zivilisierte, demokratische, westliche Welt versucht, mit Waffengewalt der Wiederkehr der Barbarei nach Europa Einhalt zu gebieten, verdeutlichen die chinesischen "Kollateralschäden" das Eskalationspotential eines derartigen lokalen Krieges. Die Bombardierung der chinesischen Botschaft und die scharfe Reaktion der chinesischen Behörden, die inszenierten, nichtsdestoweniger echte Emotionen zum Ausdruck bringenden Großdemonstrationen wie auch die für China ungewohnten Krawalle zeigen die Grenzen politischer Steuerung und Kontrolle überdeutlich auf.

Das Medieninteresse an den chinesischen Reaktionen erlahmte jedoch binnen weniger Tage so schnell, wie es durch den fatalen Fehler der NATO urplötzlich angefacht worden war. Die telegenen Massendemonstrationen vor den wichtigsten westlichen Botschaften in China fanden vor allem Interesse, weil man für jeden Plan, der die Rückkehr zur UNO-Mandatierung vorsieht, im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf die Tolerierung durch die Veto-Macht China angewiesen ist. Von weit geringerem Interesse ist, daß die Demonstrationen auch aufzeigen, daß sich die Meinungen mancher Chinesen zum "freien Westen", zu den USA, zu "Demokratie" und "Menschenrechten" in dem Jahrzehnt seit dem Tiananmen-Massaker verändert haben. Es sollte nachdenklich stimmen, wenn die amerikanische Freiheitsstatue, deren Nachbildung vor zehn Jahren die gegen die kommunistische Herrschaft gerichtete demokratische Utopie symbolisierte, nun bei den Protesten als in die amerikanische Flagge gekleidete, blutbeschmierte Pappfigur, die ein Schild mit der Aufschrift "Menschenrechte" hochreckt, mitgetragen wurde.

In den westlichen Medien ebenfalls nicht wahrgenommen werden die distanzierten und teilweise offen kritischen Reaktionen, die der Krieg gegen Jugoslawien auch in nicht autoritär regierten Ländern der nicht-westlichen Welt – wie z.B. in Indien und Thailand – auslöst. Dort verliert der Westen zunehmend an Glaubwürdigkeit und das trotz der immer wieder propagierten These, wonach es sich bei den Bombardements Jugoslawiens um eine humanitäre Intervention handele, mit der Massenvertreibungen und Völkermord verhindert und die Chance auf eine sichere Rückkehr der Flüchtlinge eröffnet werden sollen.

Die Universalisierung der westlichen Ideale von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten kann vom Westen nicht erzwungen, sondern muß in einem Dialog mit den Eliten und Völkern der Welt gemeinsam erarbeitet werden. Selbst der kleinste Schritt auf dem Weg zu mehr Demokratie, Frieden und Humanität hängt davon ab, daß der Westen kritische Einwände gegen sein Denken und Handeln ernst nimmt. Es gilt, den Kritikern zuzuhören und überzeugende Antworten auf ihre Einwände zu finden – Antworten, die sich freilich auch in den Handlungen spiegeln müssen. Gelingt dies den westlichen Demokratien nicht, spielen sie ihren Gegnern in die Hände, die dann legitimerweise auf westliche Überheblichkeit und Doppelstandards und auf die Fassade hehrer Ideale verweisen können, hinter denen sich doch nur neo-imperialistische Machtpolitik verstecke.

Chinas Kritik an westlichen Doppelstandards und der Wiederkehr imperialistischer Kanonenbootpolitik

Die wohl schärfste und politisch brisanteste Kritik am Vorgehen der NATO kommt aus China, und das nicht erst seit dem Bombardement der chinesischen Botschaft in Belgrad. Die Kritik am Verhalten der westlichen Staatengemeinschaft ist so alt wie das NATO-Engagement für den Kosovo. Aus chinesischer Sicht fehlte der NATO jegliche Ermächtigung, in den Kosovo-Konflikt einzugreifen. So hätte die NATO keine Legitimation zur Erzwingung der Verhandlungen von Rambouillet gehabt; auch wird die 1998 erfolgte Androhung von Gewalt als eindeutiger Bruch des internationalen Rechts gewertet. Schon damals wendete China ein, daß "gewisse Organisationen (i.e. die NATO) unilateral über militä-

rische Aktionen entschieden haben, ohne den UN-Sicherheitsrat zu konsultieren. Diese unverantwortliche Handlungsweise ... widerspricht den in der Charta der Vereinten Nationen und im internationalen Recht niedergelegten Prinzipien und schafft einen gefährlichen Präzedenzfall in den internationalen Beziehungen. ... China wiederholt, daß die Souveränität und territoriale Integrität eines Landes nicht verletzt werden sollten und daß sein Recht der Wahl seines eigenen Entwicklungsweges respektiert werden sollte.... China stellt sich gegen jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes unter welchen Vorwänden auch immer und ist gegen die Anwendung oder die Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen."¹ Zu Beginn der Bombardements betonte der chinesische Vertreter bei den Vereinten Nationen einmal mehr, daß die Kosovo-Frage eine innere Angelegenheit Jugoslawiens sei und von den betroffenen Parteien in Jugoslawien selbst gelöst werden sollte. Die Militäraktionen der NATO verstößen mutwillig gegen die Charta der Vereinten Nationen und die allgemein akzeptierten Normen des internationalen Rechts. Der Bruch internationalen Rechts durch die Umgehung der Vereinten Nationen und die NATO-Selbstmandatierung kann aus chinesischer Sicht mittel- und langfristig zu einer Minderung der internationalen Sicherheit führen, da sich nunmehr kein Staat mehr sicher sein könne, daß seine Nachbarn nicht die NATO-Argumentation verwenden, um eine militärische Intervention zu legitimieren. Während eine derartige Vorgehensweise bislang eindeutig und konsensual als Bruch des Völkerrechts beurteilt und mit Sanktionen bedacht worden wäre, sei dies nach dem Vorgehen der NATO gegen Jugoslawien für die Zukunft nicht mehr sicher. Konkret wird der NATO vorgeworfen, daß sie Artikel Zwei und Vier der Charta der Vereinten Nationen, die Erklärung der Vereinten Nationen über die Nichteinmischung von 1965 ebenso wie die von 1970 über die Prinzipien des Internationalen Rechts sowie die internationale Wiener Konvention über das Vertragsrecht von 1980 und den NATO-Vertrag gebrochen habe, die alle das Prinzip der Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten anderer Länder betonen und die Androhung und Anwendung von Gewalt in der internationalen Politik verbieten – der NATO-Vertrag verweise eindeutig darauf, daß ein Angriff auf das Territorium eines NATO-Staates Voraussetzung militärischen Handelns der NATO sei.² Diese Verminderung des rechtlichen Schutzes nationaler Souveränität werde, so die chinesische Argumentation, zu einem neuen Rüstungswettlauf führen. Der Verlust an Sicherheit durch das Recht ziehe eine Stärkung der Sicherheit durch militärische Mittel nach sich. Gar nicht abwegig scheint die Schlußfolgerung, die die chinesische Seite aus der Situation Jugoslawiens nach fünfzig-tägiger Bombardierung zieht. Aus ihrer Sicht konnte die NATO Jugoslawien nur deshalb angreifen, weil dieses Land nicht über die Kompetenz verfügt, gegen die NATO-Länder zurückzuschlagen. Die Erlangung einer derartigen Kompetenz werde zukünftig Priorität in der Verteidigungspolitik kleiner und mittlerer Länder eingeräumt werden: "die wichtigste Lehre aus den NATO-Bombardierungen Jugoslawiens ist, daß (kleine und mittelgroße Länder) Nuklearwaffen zur Selbstverteidigung besitzen müssen. Hätte Jugoslawien über Nuklearwaffen und Mittelstreckenraketen verfügt, wäre die NATO nicht so kühn gewesen, Gewalt einzusetzen. Man kann annehmen, daß viele mittelgroße und kleine Länder im Gefolge des Zwischenfalls danach streben werden, Nuklearwaffen zu entwickeln."³ In Anbetracht der Komplexität nuklearer Technologien mag man dies für wenig wahrscheinlich halten, doch sollte die Aussicht auf eine viel leichter zu erlangende chemische oder biologische Abschreckungskapazität in den Händen zahlreicher kleiner und mittelgroßer Staaten dieser Welt nicht minder beunruhigen.

Ganz entschieden kritisiert die chinesische Politik den "Neo-Interventionismus" der NATO und das "Wiederaufleben von Hegemonie und Machtpolitik ...", und daß sich eine neue 'Kanonenboot-Politik' austobt".⁴ Mit dieser Position repräsentiert sie, wie die Massendemonstrationen vor den westlichen Botschaften unterstrichen, durchaus die Meinung großer Teile der (freilich nur einseitig unterrichteten) Bevölkerung. Deren Empörung zielte insbesondere auf den "amerikanischen Interventionismus" und den "US-Imperialismus" ab, der bedenkenlos über die Souveränität anderer Nationen hinweggehe.

¹ Chinese Foreign Ministry Spokesman on UN Resolution on Kosovo (Press Release 12/98), in: <http://www.undp.org/missions/china/kosovo.html>.

² Qi Xiaohua, NATO's Trampling on International Law Will Spark a Global Security Crisis; How Far Is it Still from Missiles to Peace? in: Renmin Ribao (Guangzhou South China News Supplement) 12.4.1999, S. 3 in: FBIS-CHI-1999-0413.

³ WTO-Talks Will Probably Be Hindered, in: Ming Bao 10.5.1999, S. A2, in: FBIS-CHI-1999-0510.

⁴ Fang Qui, Never Waver in Upholding the Principle of Non-Intervention, in: Renmin Ribao 2.4.1999, S. 6, in: FBIS-CHI-1999-0408.

Eine derartige Möglichkeit der nationalistischen Solidarisierung von Regierung und Volk, wie sie sich im Gefolge der Bombardierung der Botschaft bot, ließ sich die chinesische Regierung natürlich nicht entgehen. Doch muß angemerkt werden, daß dieser enorme Ausbruch nationalistischer Emotionen – symbolisiert in der häufigen Intonierung der Nationalhymne durch die Demonstranten – zwar von der Regierung genutzt wurde, nichtsdestoweniger ein echtes Empfinden der Mißachtung Chinas durch die westlichen Länder und insbesondere durch die USA zum Ausdruck bringt. So wird die beständige Frustration der chinesischen Bemühungen um Aufnahme in die WTO durch die US-Administration ebenso als nationale Demütigung begriffen wie die Ausbootung Chinas in der Kosovo-Frage im UN-Sicherheitsrat. Die Bombardierung der Botschaft in Belgrad fügte sich hier nahtlos ein: mit der Verletzung der chinesischen Souveränität hat die NATO den chinesischen Nationalstolz getroffen. Auch wenn die chinesische Regierung derzeit im Gefolge der Asienkrise darum kämpft, die Wirtschaft in Schwung zu halten, ist sie doch, fundamental anders als das aus chinesischer Sicht vom Westen noch weitaus stärker düpierte Rußland, nicht auf Zahlungen aus den US-dominierten internationalen Wirtschaftsorganisationen IWF und Weltbank angewiesen. Sie kann mithin ihren Widerstand und ihre Kritik offener formulieren und in Politik umsetzen.

Schon zu Beginn des NATO-Waffengangs rief der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses Li Peng bei einem Besuch in Griechenland Ende März das nationale Trauma Chinas in Erinnerung: China selbst sei in der Vergangenheit von imperialistischen Mächten mit Waffengewalt unter Druck gesetzt und gedemütigt worden, und auch jetzt gebe es Mächte, die sich unter verschiedensten Vorwänden in die inneren Angelegenheiten Chinas einmischen.⁵ Dabei ist es ein seltsamer historischer Zufall, daß die Bombardierung der chinesischen Botschaft beinahe mit dem 80. Jahrestag der 4. Mai-Bewegung zusammenfiel. Am 4.5.1919 begannen die ersten großen – anti-imperialistischen – Studentenproteste in der Geschichte Chinas, denen sich sehr schnell große Teile der städtischen Bevölkerung anschlossen. Ursache der Proteste war die Regelung im Vertrag von Versailles, in der die Siegermächte die ehemaligen deutschen Gebiete in Shandong Japan zusprachen, obgleich sie während des Krieges deren Rückgabe an China versprochen hatten. Diese und die vielen anderen Demütigungen durch die Hände (und Kanonen) der westlichen Mächte sind Erfahrungen, die als kollektive Erinnerung immer noch die chinesische Politik beeinflussen – gerade auch, weil China sich immer als Mittelpunkt der Welt begriff, sich immer noch als eines ihrer Zentren sieht. Auch verstand es die eigene Zivilisation als universales Modell einer gerechten, humanitären Ordnung. Aktuelle Geschehnisse werden vor dem Hintergrund dieser Vergangenheit gedemütigter Größe interpretiert.

Aus chinesischer Sicht scheint die humanitäre Begründung der gegenwärtigen Intervention nicht sehr weit entfernt von der vorgeblichen zivilisatorischen Mission, unter der die imperialistischen Mächte im 19. Jahrhundert die Welt mit Waffengewalt eroberten, oder von der humanitären Legitimation, hinter der die Interventionsmächte 1900 mit großer Brutalität den fremdenfeindlichen, "barbarischen" Boxeraufstand in Nordchina niederschlugen. Der Aufstand war ausgebrochen, nachdem die imperialistischen Mächte unter der Androhung militärischer Gewalt große Teile Chinas als Interessensphären untereinander aufgeteilt und sich mit militärischen Mitteln eine Vielzahl neuer Häfen in China gesichert hatten – die "Boxer" bezeichneten sich selbst als Miliz für Gerechtigkeit und Harmonie (Yihe-tuan). Die damaligen Entscheidungen der imperialistischen Mächte lebten, wie die zur Intervention in den Kosovo, vom Gedanken einer gerechten Hegemonie wie auch eines gerechten Krieges – dieses heute aus ihrer Sicht von den USA verkörperte Hegemoniestreben wollen die chinesischen Politiker offenlegen und bekämpfen. So ist es denn auch nur folgerichtig, daß sie das NATO-Bombardement als eine Strafaktion interpretieren, die ergriffen wurde, weil Jugoslawien sich beharrlich weigerte, sich der NATO anzunähern. Die Zeitung Wen Wei Bao bringt die allgemein geteilte Überzeugung zum Ausdruck, daß "die USA schon lange beabsichtigt hatten, Jugoslawien zu bestrafen. Nachdem sie nun eine Entschuldigung dafür gefunden haben, werden sie sich die Gelegenheit natürlich nicht entgehen lassen. Wenn Jugoslawien erst einmal verängstigt ist, wird die NATO 26.000 Soldaten im Kosovo stationieren und (damit) ein Schwert in die russische Einflußsphäre einpflanzen".⁶

Aus dem Blickwinkel der chinesischen Politik und ihrer offiziellen Kommentatoren zeichnet sich im Kosovo die Zukunftsvision einer US-geführten und durch die Militärmaschinerie der NATO diszipli-

⁵ Xinhua Domestic Service 2126 GMT 30.3.1999, in: FBIS-CHI-1999-0403.

⁶ Editorial: NATO Air Strikes Will Lead to Endless Trouble, in: Wen Wei Bao 25.3.1999, S. A2, in: FBIS-CHI-1999-0325.

nierten neuen unipolaren Weltordnung ab. Das humanitäre Anliegen diene lediglich als Maskierung der hegemonialen Intention. Der Krieg gegen den Kosovo stellt aus chinesischer Sicht die westliche Menschenrechtsposition nicht nur in Frage, sondern macht ihre offensichtliche Funktion im Dienste westlicher Machtpolitik deutlich. Schon vor der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad stellte die offizielle (d.h. unter der Kuratel der Partei stehende) chinesische Menschenrechtsorganisation klar, daß "die Menschenrechtsentschuldigung, mit der einige westliche Staaten hausieren gehen, darauf abzielt, alle Nationen der Welt unter Strafe der Vernichtung dazu zu zwingen, sich den Standards und Normen der mächtigen Länder zu beugen. Jede Nation, die dies verweigert, wird Blockaden und Sanktionen, gefolgt von militärischen Aktionen, unterworfen."⁷ Der Kommentator der regierungsamtlichen Volkszeitung meint "das wahre Motiv der Luftangriffe der NATO ist es, Gewalt anzuwenden, um eine neue Weltordnung zu errichten, die den eigenen Interessen entspricht und die Dominanz über die Welt bestätigt. ... (Die Kosovo-Intervention) ist ein Test des 'neuen strategischen Konzepts' der NATO und des US-amerikanischen Versuchs, die 'neue internationale Ordnung' des 21sten Jahrhunderts zu dominieren".⁸ Den USA gehe es im Kosovo darum, einen Schritt weiterzukommen in ihrem Anliegen, die NATO zu einem unabhängigen internationalen Sicherheits- und Herrschaftsmechanismus umzugestalten. Die Ostexpansion der NATO sei der erste Schritt gewesen, durch den die frühere russische Einflußsphäre unterhöhlt wurde. Die Jugoslawien- und Kosovo-Politik der NATO soll nun, wie häufig betont wird, dazu dienen, das letzte pro-russische Land außerhalb der GUS zu eliminieren. Die Vorschläge von Rambouillet werden als perfider Trick der USA charakterisiert, durch den die NATO in jedem Fall die Kontrolle über den Kosovo und damit über Restjugoslawien erhalten sollte, denn, wie die offizielle Nachrichtenagentur Neues China seinerzeit darlegte, "wenn die Verhandlungen scheitern, kann die NATO ihre Luftschläge gegen Jugoslawien durchführen, wenn eine Übereinkunft erreicht werden kann, wird die NATO 30.000 Mann im Kosovo unter dem Namen von Friedenstruppen stationieren, was eine Situation ergibt, in der Großmächte ihre Truppen in einer schwachen Nation stationieren".⁹ Mit der NATO-Kontrolle über den Kosovo (und Serbien) wären die letzten Widerstände gegen eine NATO-Hegemonie in Osteuropa aus dem Weg geräumt. So erscheint der Kosovo-Einsatz ein Baustein einer US-amerikanischen Globalstrategie, "überall auf der Welt durch die Anstrengungen der NATO zu intervenieren und schließlich die strategische Zielsetzung der Errichtung einer globalen hegemonialen Position zu erreichen".¹⁰ Durch die Kontrolle über den Balkan könne es den USA gelingen (so die Zeitschrift der chinesischen Volksbefreiungsarmee) im Osten die Schlüsselverbindung, durch die Rußland ins Mittelmeer gelangt, einzuschnüren und im Westen den "weichen Unterbauch" der europäischen Staaten zu kontrollieren. Nach Süden hin könnten die USA mit diesem Schritt ihre Kontrolle über die Ölstaaten des Nahen Ostens verstärken.

Der Kosovo und die amerikanische Asienstrategie durch die chinesische Brille

Mag eine derartige Analyse aus europäischer Perspektive auch überzogen oder sogar gänzlich absurd erscheinen, so erhält sie aus chinesischer Sicht zusätzliche Nahrung, weil sich die wahrgenommenen expansionistischen Begehrlichkeiten der USA in Europa nahtlos in die Interpretation der Verhaltensmuster im asiatischen Raum einfügen. Schon im Sommer 1998 wurden die Handlungen der USA in den verschiedenen Weltregionen von den militärischen Planern der Volksbefreiungsarmee zueinander in Bezug gesetzt, indem sie die Ostexpansion der NATO und die Ausweitung der amerikanisch-japanischen militärischen Zusammenarbeit als strategische Handlungen im Streben nach globaler Hegemonie interpretierten.¹¹ Zwar betonen die USA beständig ihre defensiven Absichten, doch ist den Chinesen zuzustimmen, daß sich die in den letzten Jahren in Asien unternommenen Schritte durchaus

⁷ NATO Seeks Hegemony, Not Human Rights, in: China Daily internet edition (<http://www.chinadaily.com.cn/yugo/m503pl.htm>).

⁸ Hegemonic Logic of 'New Strategic Concept', in: Renmin Ribao 10.4.1999, S. 1, in: FBIS-CHI-1999-0410.

⁹ Fu Quansheng, Why Is the United States So Keen on Interfering in the Kosovo Crisis?, in: Xinhua Inlandsdienst 0924 GMT 21.2.1999, in: FBIS-CHI-1999-0221.

¹⁰ Fu, a.a.O..

¹¹ Li Jijun, This Century's Strategic Heritage and Next Century's Strategic Trend, in: Jiefangjun Bao 28.7.1998, in: FBIS-CHI-1998-229 siehe auch: Shih Chunyu, Coordination Between New Guidelines in the East and New Concept in the West, in: Da Gong Bao 1.5.1999, S. A4, in: FBIS-CHI-1999-0501.

auch als eine Neuauflage der alten Containment-Strategie lesen lassen, nur daß diesmal nicht die UdSSR, sondern China der Gegner ist. Anfang der neunziger Jahre war die amerikanische Militärpräsenz in Ost- und Südostasien nach dem Niedergang der UdSSR und dem Wandel Chinas vom ideologischen und militärischen Feind zum Handelspartner deutlich in Frage gestellt. Damals wurde ernsthaft diskutiert, ob die USA ihre Truppenpräsenz in Asien wirklich unvermindert aufrechterhalten müßten. Die Philippinen entschieden sich dazu, den Stationierungsvertrag mit den USA auslaufen zu lassen, was die USA ihre Militärbasen in den Philippinen kostete. Doch diese Zeiten sind vorbei. Inzwischen sind die USA – unter dem Banner des regionalen Stabilisators – auch als Militärmacht in Asien wieder deutlich auf dem Vormarsch. Aus chinesischer Perspektive gleicht dieser Vormarsch einer Einkreisung: Chinas Bedrohungsgefühl wächst.

Eine Einkreisung Chinas im asiatischen Raum?

Schon im September 1994 hatten die USA einen ersten Schritt zu einer Rückkehr nach Südostasien versucht, als sie bei der thailändischen Regierung anfragten, ob sie im Golf von Thailand dauerhaft sechs, mit militärischen Gütern beladene zivile Schiffe stationieren könnten, auf die die USA in einem Krisenfall, der ein schnelles Eingreifen erfordern würde, zurückgreifen könnten. Das Ersuchen wurde von der thailändischen Regierung abgelehnt. Bestehende Pläne, auch in anderen südost- und ostasiatischen Regionen derartige Schiffe zu stationieren, wurden daraufhin fallengelassen. Spätestens mit der neuen amerikanischen Asienstrategie von 1995 war die Option tot, auf der einen Seite regionale und sub-regionale sicherheitspolitische Organisationen aufzubauen und, darauf abgestimmt, die amerikanische Truppenpräsenz in Ost- und Südostasien zu reduzieren. Die USA verwiesen die Entwicklung regionaler Institutionen auf den letzten Platz ihrer Prioritätenliste. Sie sollten die bilateralen amerikanischen Militärallianzen auch zukünftig nicht ersetzen, sondern lediglich als Unterfütterung dienen, wie der Architekt der Sicherheitsstrategie Joseph Nye unumwunden verkündete. Die wenig später revidierten Richtlinien zur Verteidigungszusammenarbeit zwischen Japan und den USA erwiesen sich als eine Fortsetzung des amerikanischen "re-engagements". Aus chinesischer Sicht bedrohlich ist, daß Japan in den neuen, gerade im Parlament verabschiedeten Arrangements ein bedeutend umfassenderes Sicherheitsinteresse anmeldet als noch in den alten Varianten. Die alten, von China akzeptierten, Richtlinien beschränkten die Zusammenarbeit der Alliierten auf den Fall eines Angriffes auf das Territorium Japans. Die Neufassung beinhaltet eine dehnbare Formel, wonach auch Zwischenfälle in den Regionen rund um Japan, die die japanische Sicherheit gefährden, gemeinsame Aktionen begründen können. In chinesischer Sicht besonders problematisch ist, daß sich sowohl Japan als auch die USA weigern, den zentralen Terminus der "Regionen rund um Japan" territorial festzuschreiben. Bei den Anhörungen vor dem japanischen Unterhaus wurde jedoch deutlich, daß u.a. folgende Situationen in Regionen um Japan ein koordiniertes militärisches Eingreifen begründen können: "1. Wenn militärische Streitigkeiten die Gebiete in der Nachbarschaft Japans bedrohen; 2. wenn militärische Streitigkeiten in Gebieten um Japan herum stattfinden; 3. wenn militärische Streitigkeiten beendet sind, aber die normale Ordnung noch nicht wiederhergestellt bzw. wieder aufrechterhalten wird; 4. wenn in einem Land die 'innere Ordnung' gefährdet ist oder ein 'Bürgerkrieg' ausbricht und auf andere Länder übergreift; 5. wenn ein Land politische Unruhen durchmacht und eine große Anzahl von Flüchtlingen nach Japan fliehen könnte; 6. wenn das Vorgehen eines Landes vom UNO-Sicherheitsrat als Invasion eingestuft wird und wirtschaftliche Sanktionen verhängt werden."¹² Die chinesische Seite fürchtet nicht zu Unrecht, daß darunter Zwischenfälle verschiedenster Art auf Taiwan, auf der labilen koreanischen Halbinsel oder im südchinesischen Meer, durch das ein Großteil der japanischen Rohstoffversorgung geführt wird, gefaßt werden können.

Der Trend zu einem verstärkten amerikanischen Engagement in Ost- und Südostasien wurde in der im Herbst 1998 vom Pentagon vorgelegten Neufassung der amerikanischen Asienstrategie noch einmal bestätigt. Seitdem geht es Schlag auf Schlag: Zum 20. Jahrestag des "Taiwan-Relations-Act", mit dem die USA nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China 1979 den Fortbestand ihres Schutzes für die Republik China auf Taiwan deutlich gemacht hatten, verabschiedete der amerikanische Kongreß ohne Gegenstimmen eine Resolution, die Taiwan auch für die Zukunft der amerikani-

¹² Gegen „neue Gesetzesvorlagen“ Japans, in: Beijing Rundschau Nr. 20, 1996, S. 10.

schen Unterstützung versicherte – aus der Sicht der VR China eine eindeutige Provokation. Im Januar diesen Jahres wurden Meldungen verbreitet, wonach China eine große Zahl von Raketen an der Taiwanstraße stationiert habe und damit die Bedrohung Taiwans in letzter Zeit deutlich gewachsen sei. Im Februar folgte ein Bericht des US-Verteidigungsministeriums über die Sicherheit in der Taiwanstraße, in dem das Szenario einer aufrüstenden und bis ca. 2005 den taiwanesischen Streitkräften deutlich überlegenen VR China vorgestellt wurde.

Gleichzeitig wird in den USA laut darüber nachgedacht, ob Taiwan in die Pläne der USA zur Errichtung eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems einbezogen werden kann, das in Zusammenarbeit zwischen den USA, Japan und Südkorea in den nächsten Jahren entwickelt werden soll. Die Bereitschaft der USA, für die Option auf eine Raketenabwehr, die in einigen Jahren vielleicht das amerikanische Festland, aber auch strategisch wichtige Verbündete – Südkorea, Japan, Taiwan – gegen Raketenangriffe schützen könnte, den seit Jahrzehnten bewährten ABM-Vertrag auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen, weckt in China großes Mißtrauen.

Ähnlich fragwürdig ist aus chinesischer Sicht das Beharren der USA und der NATO auf der Option des atomaren Erstschlages, obgleich China verkündet hat, daß es Atomwaffen niemals als erster und nicht gegen Mächte einsetzen wird, die selber über keine Atomwaffen verfügen. Für die Bestrebungen der USA, in Südostasien stärker präsent zu sein, steht das mit den Philippinen ausgehandelte, und vom philippinischen Senat aller Wahrscheinlichkeit noch im Mai 1999 ratifizierte Visiting Forces Agreement. Dieser Vertrag soll den bilateralen Beistandspakt aus dem Jahr 1954 ergänzen und dient, so die vielen philippinischen Bedenkenträger, auch einer Eingliederung der Philippinen in die amerikanische Asienstrategie. Freilich bekommen die philippinischen Streitkräfte im Gegenzug "preiswerte" amerikanische Waffen und Ausbildung. Nachdem die USA 1991 ihre Militärbasen auf den Philippinen aufgeben mußten, war es ihnen schon im November 1992 in einer geheimen Übereinkunft mit den philippinischen Streitkräften gelungen, für die amerikanischen Streitkräfte erste Zugeständnisse zu sichern, die sie jedoch durch einen offiziellen Vertrag auszubauen strebten. Mit den ersten Nachrichten von diesem Vorhaben 1994 begann der Widerstand großer Teile der philippinischen Öffentlichkeit. Dadurch wurde eine Ratifizierung des nach langen, geheimen Verhandlungen 1998 unterzeichneten Vertrages bis 1999 verhindert. Selbst die philippinische Bischofskonferenz meldete sich mehrmals gegen eine Ratifizierung offiziell zu Wort und kritisierte unter anderem, daß "jede abschließende Übereinkunft den Charakter eines Vertrages zwischen zwei souveränen Nationen haben muß und nicht den zwischen einem Herrn und seinem Lakaien (not between a master and a lackey)."¹³

Der enorme Widerstand machte es für die Befürworter des Vertrages notwendig, ein realistisches Bedrohungsszenario zu entwickeln. Es galt, einen Feind aufzubauen, dem die Philippinen allein nicht gewachsen seien – hierzu ließ sich China gut nutzen. So wird die chinesische Bedrohung von den Befürwortern des Vertrages in den USA und den Philippinen als Druckmittel ausgespielt, wenn diese, wie seit dem letzten Dezember, eine internationale Kampagne gegen das chinesische Verhalten in der Region der Spratly-Inseln, die zwischen mehreren Ländern umstritten sind, inszenieren. Die Beschwörung des drohenden Drachen soll helfen, die notwendige Zweidrittelmehrheit für das Visiting Forces Agreement im Senat herzustellen. Die Handlungen der chinesischen Seite – eventuell militärisch nutzbare bzw. genutzte Gebäude auf einem besetzten Riff wurden im letzten Herbst vergrößert – mögen provokativ sein, unterscheiden sich jedoch nicht von den Verhaltensmustern der anderen Konfliktparteien. Kritische SenAToren beschwerten sich denn auch, daß diese Drohkulisse "eine Konditionierung des Geistes (conditioning of the mind) der Philippino für die Ratifizierung der Übereinkunft für Truppenbesuche ist."¹⁴

Im Angesicht dieser Ereignisse sieht sich China von der koreanischen Halbinsel über Japan und Taiwan bis hin zu den Philippinen einem wachsenden amerikanischen "containment" gegenüber. Die Osterweiterung der NATO und deren neues strategisches Konzept passen sich ganz harmonisch in das chinesische Interpretationsmuster einer amerikanischen Globalstrategie ein, mittels derer die USA die zwei potentiell konkurrierenden Großmächte Rußland und China einhegen und deren militärischen Manövrierraum minimieren will. Die Neufassung der japanisch-amerikanischen Richtlinien und das

¹³ Pastoral Statement on the Visiting Forces Agreement (VFA), im Internet: http://senate.hypertext.net/Pastoral_Statement.html

¹⁴ GMA-7 Radio-Television Arts Network 0930 GMT 5.8.1998, in: FBIS-EAS-98-217.

neue strategische Konzept der NATO "erscheinen so gleichartig. ... Man kann annehmen, daß die beiden sich in ihrer leitenden Ideologie verdoppeln, von der Verteidigung zum Angriff, von Innen(orientierung) nach Außen(orientierung), und von Passivität zur Übernahme der Initiative. Die Vision des 'Neuen Strategischen Konzeptes' der NATO ist nicht mehr auf Europa begrenzt, sondern hat Asien eingeschlossen. Dazu paßt genau die Koordination zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. Einer ist im Westen, während der andere im Osten ist. Ist es nicht klar, wogegen die Zangenbewegung gerichtet ist?"¹⁵

Mit einer derartigen Interpretation lassen sich dann auch problemlos direkte – und alarmierende – Bezüge zwischen der NATO-Intervention im Kosovo und der nationalen Sicherheit Chinas herstellen. Die Argumentation der Hongkonger Zeitschrift Xin Bao erscheint aus dieser Sichtweise völlig plausibel, daß die Kosovoproblematik in einem gewissen Sinn der Taiwanfrage ähnelt. Sowohl die Albaner im Kosovo als auch die Demokratische Fortschrittspartei in Taiwan streben nach Unabhängigkeit. Wenn nun die USA und Japan vereint militärischen Druck auf China ausüben und es daran hindern würden, gegen die Unabhängigkeit Taiwans notfalls auch mit Gewalt vorzugehen, wäre dies für China unakzeptabel. Der durch die NATO auf Jugoslawien ausgeübte militärische Druck darf, so schon Anfang März die Zeitung Xin Bao, keine Wirkung zeigen, wäre die USA doch andernfalls in ihrem Hegemonialstreben nur bestärkt.

Kritische Anmerkungen aus Südostasien

Doch nicht nur in China, sondern auch in Südostasien ruft die NATO-Intervention im Kosovo bei weitem nicht immer die vom Westen gewünschten Assoziationen von Humanität und Bereitschaft zur Hilfe für bedrängte Menschen in Not hervor. Vielmehr werden auch Bezüge zur überwundenen bzw. überwunden geglaubten Kolonialzeit, zur imperialistischen Durchdringung der Welt und der damit einhergehenden Willkür hergestellt.

Es wird gefragt, warum die NATO im Kosovo zur Legitimation ihrer zunächst diplomatischen und anschließend militärischen Intervention die Vokabel vom Völkermord hervorholt, während die westlichen Staaten in der zentralafrikanischen Katastrophe in Ruanda zunächst die Augen schlossen und lediglich im nachhinein "Krokodilstränen" vergossen, warum die Vertreibungen im Kosovo Bombardements Serbiens rechtfertigen, während die westliche Politik angesichts der menschen(rechts)verachtenden Taliban-Herrschaft in Afghanistan mit einem bedauernden Schulterzucken beiseite schaut und das türkische Brandschatzen kurdischer Dörfer auch noch mit Waffenverkäufen unterstützt. Gerade im ost- und südostasiatischen Raum ist in guter Erinnerung, daß die westlichen Regierungen (wenngleich auch die der ASEAN-Staaten selbst) die Roten Khmer noch Jahre nach ihrem Sturz als legitimen Vertreter Kambodschas in den Vereinten Nationen unterstützten, obgleich allen bekannt war, daß sie einen Völkermord am eigenen Volk zu verantworten hatten, bei dem ein Viertel der Bevölkerung ums Leben gekommen war – viele westlichen Länder lieferten nach dem Sturz der Roten Khmer ihnen gar Waffen, so daß der Krieg sich noch mehr als ein Jahrzehnt hinziehen konnte. Und hatte Vietnam nicht zur Legitimation seiner militärischen Intervention vorgetragen, daß es dem Völkermord im Nachbarland nicht mehr tatenlos zusehen wolle? – ein Argument, daß damals freilich als Feigenblatt expansionistischen Machtstrebens kritisiert worden ist, obgleich die vietnamesische Intervention in Kambodscha, anders als bis dato der Bombenkrieg der NATO im Kosovo, den Völkermord tatsächlich beendete.

Das thailändische Mainstream-Blatt Nation kritisiert explizit die Doppelstandards der westlichen Politik und Medien, indem es bemerkt, daß die Welt zwar durch Politik und Medien immer wieder an das Lockerbie-Attentat erinnert und eine gerechte Strafe für die Täter eingefordert wird, daß aber "die Luftschläge von 1986 gegen Tripoli und Begazhi in Libyen durch amerikanische und britische Flugzeuge, bei denen ca. 200 Menschen getötet wurden, fast aus unserer Erinnerung verschwunden sind. Hier muß niemand für die schrecklichen Straftaten bezahlen. ... Die Länder, die nun den kosovarischen Flüchtlingen zu Hilfe eilen, sind die gleichen Regierungen, die lange viel größere Tragödien in Asien,

¹⁵ Shih Chunyu, Coordination Between New Guidelines in the East and New Concept in the West, in: Da Gong Bao 1.5.1999, S. A4, in: FBIS-CHI-1999-0501.

Afrika und Lateinamerika ignoriert haben". Für die Zeitung Nation liegt die Schlußfolgerung nahe, daß "vielleicht der Westen britische und amerikanische Leben höher bewertet als libysche. Oder daß die Kosovaren irgendwie anders sind als die Burmesen, Ruander oder Kolumbianer".¹⁶ Nun mag man in Europa und den USA diesen Vorwurf empört von sich weisen, doch wird man zukünftig in Begründungsnot geraten, wenn andere Minderheiten, die nach Unabhängigkeit streben und von ihren Regierungen mit Gewalt daran gehindert werden, die Hilfe der NATO einfordern. Die angesehene Bangkok Post fragt provokativ, ob beispielsweise die Tamil Tigers in Sri Lanka NATO-Unterstützung für die Eroberung der Tamilengebiete im Norden Sri Lankas bekommen könnten: "Ihr Kampf für Unabhängigkeit dauert genauso lang wie der der Albaner, und sie haben in ihrem Streben einen schrecklichen Verlust an Menschenleben erlitten".¹⁷

Nicht nur die Praktizierung von Doppelstandards wird kritisiert, angegriffen wird auch die Aushöhlung rechtsstaatlicher Verfahrensweisen und insbesondere der Gewaltentrennung. Die Bangkok Post bestreitet der NATO schlichtweg das Recht gleichzeitig als Richter, Jury und bestrafende Behörde aufzutreten.¹⁸ Die thailändische Regierung spricht sich explizit "gegen die Anwendung von Gewalt zur Lösung von territorialen, ethnischen oder religiösen Problemen" aus.¹⁹ Unter den ASEAN-Staaten wird die Bombardierung Jugoslawiens einzig von Malaysia unterstützt. Selbst der amerika-freundliche philippinische Präsident Estrada forderte nach der Bombardierung der chinesischen Botschaft, daß die NATO Diplomatie statt Gewalt anwenden solle.²⁰ Während in den Kommentaren der deutschen Medien zur Bombardierung der jugoslawischen Fernsehsender generell die NATO-Linie akzeptiert wurde, daß damit die serbische Propaganda-Maschine ausgeschaltet werden sollte, reagierten die thailändischen Journalisten mit scharfen Protesten gegen den Bruch der Genfer Konvention, die gerade auch Journalisten schütze. In einem Protestschreiben warfen sie der NATO vor: "Das Töten von Journalisten ist die extremste Form der Zensur ... (und) die Bombardierung von Fernsehstationen und das Töten von Journalisten werden Propaganda nicht stoppen. ... Die zwei Angriffe der NATO gegen die jugoslawischen Fernsehstationen und die chinesische Botschaft sind brutale Handlungen und verletzen die Menschenrechte."²¹

Nicht wenige sehen die NATO-Aktion als Zeichen einer neuen Weltordnung, in der, wie schon zu den Zeiten des klassischen Imperialismus, die militärisch stärksten Mächte notfalls unter Androhung oder Anwendung von Gewalt ihre Interessen und Ordnungsvorstellungen auch gegen Widerstand durchsetzen. Diese Kritik reicht von den staatlich gesteuerten Medien der Militärdiktatur in Burma bis hin zu den liberalen Medien Thailands. So kritisiert beispielsweise eine burmesische Zeitschrift, daß "heutzutage die großen Länder der Welt, wenn sie ihre Kriegsmaschinerie einsetzen wollen, die VN, die sie [sonst] loben, oft ignorieren, wenn es ihnen paßt, und tun, was immer sie wollen; das gilt als gerecht; solch eine Art des Denkens wurde dominant".²² In ihrer Kritik trifft sie sich mit wichtigen thailändischen Zeitschriften, die derzeit – freilich auch, weil die USA die Kandidatur des thailändischen Kandidaten Suphachai Phanitchaphak für den WTO-Chefsessel hintertreiben wollen – äußerst schlecht auf den Westen allgemein und die USA im besonderen zu sprechen sind. So drückt ein Kommentator unverhohlene Freude über die großen Zerstörungen aus, die zwei Tornados in den USA anrichteten, und vergleicht sie mit einer Strafe Gottes. Amerika werde nun dafür bestraft, daß es Jugoslawien seit [damals] 40 Nächten ununterbrochen bombardierte, und "nur Gott und die Natur können die Clinton-Administration zur Vernunft zurückbringen in bezug darauf, wie sie ihre militärische Macht einsetzen, um andere Länder zu schikanieren. Wenn deshalb die Amerikaner sich an die Verwüstung erinnern, die der stärkste Tornado ... hinterließ, sollten sie auch an die Verwüstungen denken, die die Serben unter den von der US-Administration unter dem Deckmantel der NATO verübten Luftangriffen erlit-

¹⁶ Editorial: Kosovo War Offers ist Share of Propaganda, in: The Nation (Internet Version) 8.4.1999, in: FBIS-EAS-1999-0408.

¹⁷ Editorial: NATO's Decision Is Drastic and Flawed, in: Bangkok Post (Internet Version) 27.3.1999, in: FBIS-EAS-1999-0329.

¹⁸ Editorial: NATO's Decision Is Drastic and Flawed. (s. Anm.2).

¹⁹ Pressemitteilung des thailändischen Außenministeriums, zitiert nach Bangkok Post (Internet Version) 26.3.1999, in: FBIS-EAS-1999-0325.

²⁰ Quezon City GMA-7 Radio-Television Arts Network 10.5.1999, in: FBIS-EAS-1999-0510.

²¹ Protestschreiben zitiert nach AFP 0619 GMT 10.5.1999, in: FBIS-EAS-1999-0510.

²² Sithu Nyein Aye, Let Me Say It While Opportune, in: The New Light of Myanmar, 22.4.1999, S. 7, in: FBIS-EAS-1999-0422.

ten haben. Das amerikanische Volk sollte sich an die Verwüstungen der Serben erinnern, weil die Vereinigten Staaten und die NATO diese Zerstörungen nie erwähnen werden."²³ Ein Journalist der auflagenstärksten Tageszeitung Thai Rat vergleicht den "weißen Terror" der USA mit dem "gelben Terror" des expansionistischen Japans der Kriegszeit.²⁴ Selbst in der Bangkok Daily News findet sich in einer Untersuchung "der wahren Natur der Vereinigten Staaten" der Schluß, daß es sich bei den USA um "die Hooligans der Welt" handelt.²⁵ Ein anderer Journalist erinnert an den thailändischen König Rama VI., der angeblich gesagt habe, daß die Herren der Kolonien ihre Opfer Tag und Nacht nötigen könnten, weil sie nun einmal die Herren seien.²⁶ Freilich irrt der Autor, wenn er Rama VI. auf die Mitte des 19. Jahrhunderts datiert. Der ausnehmend nationalistische Rama VI. (König Vajiravudh) regierte von 1910-1925. Mitte des 19. Jahrhunderts regierte der große König Mongkut (Rama IV.; 1851-1868), der mit kluger Diplomatie die Souveränität seines Landes gegen England und Frankreich verteidigte. Die Zeitung Phuchatkan betont, daß es die USA gewesen seien, die mit der Auslösung der Asienkrise darauf abgezielt hätten, die thailändische Wirtschaft zu zerstören. Jetzt ermögliche die US-Regierung den amerikanischen Konzernen, die besten Teile der thailändischen Industrie billig aufzukaufen.²⁷ Ein Kollege konstatiert bitter die Situation des "kleinen" Thailand gegenüber seinem "großen" Alliierten: "Thailand hat eine Supermacht als großen Alliierten, aber 'Interessen' führten dazu, daß Thailand wiederholt durch die Hände dieses 'großen Alliierten' litt. Politisch und wirtschaftlich wird Thailand durch die Macht dieses 'großen Alliierten' mit Füßen getreten."²⁸

So what? – Was nun?

In diesen vielfältigen Kritikpunkten wird neues Mißtrauen gegenüber dem Westen und seiner Führungsmacht USA überdeutlich. Die kritischen Einwände aus Südostasien und China zielen sowohl auf die moralische und rechtliche, als auch auf die machtpolitische Dimension der internationalen Beziehungen. In allen drei Aspekten besteht im Gefolge der NATO-Intervention im Kosovo ein offensichtlicher großer Handlungs- oder zumindest Klärungsbedarf.

Die Umgehung der Vereinten Nationen und die Selbstmandatierung des westlichen Bündnisses haben in vielen ehemaligen Kolonien alte Ängste vor einer Wiederkehr der weißen Herren geweckt. Die zivilisatorische Begründung, die dem westlichen Imperialismus im 19. Jahrhundert und frühen 20. Jahrhundert den Anschein eines Kreuzzugs für eine universale Aufklärung und Zivilisierung barbarischer Völker gegeben hatte, erscheint der gegenwärtigen Argumentation der NATO im Kosovo-Konflikt, aber auch weiterreichend in ihrer neuen Strategie allzu ähnlich. Eine Vielzahl von Normen und Prinzipien des Internationalen Systems, die gerade in den neuen, nachkolonialen Ländern als zentrale Bausteine der Nationwerdung und der Stabilisierung der politischen Systeme fungieren, wurden von den NATO-Bombardements ins Wanken gebracht.

Während in Europa in den letzten Jahrzehnten das Ende des Nationalstaates und seine zumindest partielle Überwindung durch supranationale Organisationen auf der politischen Tagesordnung standen, geht es in vielen Weltregionen zunächst einmal darum, überhaupt funktionsfähige staatliche Gebilde zu errichten – die Zahl der "failed states" ist Legion. Wie die Transformationserfahrung der Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes und insbesondere der aus der Sowjetunion entlassenen neuen Staaten im Kaukasus, aber auch Rußlands selbst, zeigen, sind Nation- und Staatwerdung dort noch

²³ Matichon 8.5.1999, S. 2, in: FBIS-EAS-1999-0508.

²⁴ Lom Plianhit, A Word for Thailand: The White Terror, in: Thai Rat, 13.5.1999, S. 5, in: FBIS-EAS-1999-0514.

²⁵ Khamhaeng Pharitanon, The True Nature of the United States, in: Bangkok Daily News 6.5.1999, S. 3, in: FBIS-EAS-1999-0507.

²⁶ Phichian Khurathong, The US Mafia Has No Respect for the United Nations, in: Matichon 13.5.1999, S.2, in: FBIS-EAS-1999-0513.

²⁷ Editorial: It is too late to protest against the United States when our Leaders are hypocritical, have sold out everything to US capitalist, and have allowed themselves to be led by the nose in financial affairs by that country, in: Phuchatkan 7.5.1999, S. 1, in: FBIS-EAS-1999-0509.

²⁸ Narit Sekthira, Thailand's National Honor and Independence, in: Matichon 4.5.1999, S. 6, in: FBIS-EAS-1999-0504.

längst nicht abgeschlossene Prozesse. Das Prinzip der nationalen Souveränität stellt einen Schutzwall dar, der auch schwachen, noch "unfertigen" Staaten ein Überleben ermöglicht und potentiell staatsgefährdende Konflikte einzuhegen hilft.

So konnte sich die Gemeinschaft südostasiatischer Staaten ASEAN, der Thailand angehört, nur deshalb zu einem erfolgreichen Modell regionaler Kooperation entwickeln, weil sie angesichts einer Vielzahl ungelöster Territorialstreitigkeiten und grenzüberschreitender ethnischer Konflikte an erster Stelle eine unbedingte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Partnerstaaten und eine unbedingte Achtung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität vorschrieb. Sowohl die Anwendung als auch die bloße Androhung von Gewalt im Rahmen zwischenstaatlicher Konflikte wurden für inakzeptabel erklärt. Die ASEAN-Staaten, wie auch viele andere ehemalige Kolonien, nutzten das Prinzip der unbedingten staatlichen Souveränität auch als Mittel, um die traditionellen Muster der Ungleichheit und Abhängigkeit zu überwinden und einem internationalen System gleichberechtigter (souveräner) Akteure näher zu kommen.

Die Grundsätze der nationalen Souveränität und der Unveränderbarkeit nationaler Grenzen – bis gestern von der westlichen Gemeinschaft noch ihren Schülern gelehrt – können seit kurzem jedoch nur noch eingeschränkte Gültigkeit beanspruchen. Die Schüler, die, nun mit der westlichen Lehre von staatlicher Souveränität und unbedingter Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ausgestattet, diese gegen die Interessen und manchmal – wie in Jugoslawien – im offenen Widerstreit zu den humanitären Werten ihrer ehemaligen Lehrherren verwenden, werden von den westlichen Demokratien in ihre Schranken verwiesen. Wieder einmal ist es der Westen, der, wiewohl in bester humanitärer Absicht, die bislang allgemein geteilten Normen bricht und für nicht mehr gültig, für nicht mehr zeitgemäß erklärt. Wieder einmal verändert der starke Westen die Spielregeln der internationalen Politik.

Wem an einem konstruktiven Miteinander gelegen ist, der darf auch die offene Kritik durch die Medien autoritärer Systeme, wie der VR China, nicht einfach mit dem Hinweis zur Seite fegen, daß die chinesischen Kommunisten letztlich nur ihre eigene, demokratisch nicht legitimierte Herrschaft über China retten wollen. Es ist klar, daß die chinesischen Kommunisten hinter den Prinzipien nationaler Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder auch ihre miserable Menschenrechtssituation gegen Anklagen von Außen zu immunisieren trachten. Dies sollte vom Westen aber nicht mit einer ähnlichen Immunisierungsstrategie vergolten werden, wonach man auf die Kritik von Seiten autoritärer politischer Eliten nicht einzugehen braucht. Zwar gilt es auf den Balken im Auge des Anderen zu zeigen, doch muß man sich auch mit dem Splitter im eigenen auseinandersetzen, wenn man die eigene Glaubwürdigkeit nicht verlieren will. Natürlich können es sich Europa und die USA leisten, das Murren in China und anderen Ländern zu überhören, doch sollten sie bedenken, daß einige Länder mit einem langen Gedächtnis ausgestattet sind.

Wenn der Kosovo für die NATO tatsächlich nicht nur ein Spielball im Kampf um die Weltmacht ist, wie es ihr von den Chinesen, aber nicht nur von diesen unterstellt wird, dann muß die westliche Politik humanitärer Intervention glaubwürdiger werden. Das darf aber nicht heißen, daß sich derartige Bombardements nun überall dort wiederholen sollen, wo die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Glaubwürdigkeit heißt, daß der Westen zukünftig auch eigene Verbündete zur Einhaltung humanitärer Mindeststandards drängen muß, daß Waffenexporte in Krisenregionen zu unterlassen sind und internationale Konzerne, die im Zusammenspiel mit lokalen Potentaten durch die Ausbeutung der Ressourcen in der Dritten Welt Milliarden Gewinne machen, zukünftig daran gehindert werden müssen. Die kritischen Argumente gegen die Doppelstandards des Westens sind ernst zu nehmen und die opportunistische und selektive Nutzung der Menschenrechte als außenpolitisches Instrument zu unterlassen. Dann kann man auch das Argument der Kritiker zurückweisen, daß heutzutage, wie schon im 19. Jahrhundert, das Menschenrechtsargument nur als Feigenblatt zur Durchsetzung imperialer Herrschaftsansprüche benutzt wird. Glaubwürdigkeit setzt darüber hinaus voraus, daß die Beziehungen zwischen den Staaten auch von den Stärkeren als Beziehungen zwischen Gleichen begriffen werden. Auch wenn de facto enorme Unterschiede bestehen, delegitimiert man die eigene Position in dem Maße, in dem man sie mit überlegener Macht durchsetzt.

Die westliche Gemeinschaft, die nun im Namen von Humanität und Menschenrechten gegen Massenvertreibung und vielfachen Mord mit militärischer Gewalt eingegriffen und die vordem sakrosankte nationale Souveränität als nur noch relativ schützenswerte Norm internationaler Beziehungen abgewertet hat, muß sich der daraus resultierenden Gefahr für das Normengefüge der internationalen Beziehungen insgesamt gewahr sein. Sie muß Antworten darauf finden, was gerade sie legitimiert hat, als "Ankläger", "Richter" und "implementierende Behörde" zugleich aktiv zu werden, und wie sie der Gefahr begegnen will, daß zukünftig Staaten oder Staatengruppen Gewaltanwendung innerhalb der Nachbarstaaten dazu benutzen, diese unter rhetorischem Rückgriff auf die Selbstmandatierung der NATO zu überfallen. Mag auch in der westlichen "post-nationalen" Welt die Überwindung des Nationalstaats anvisiert werden, so müssen die Eliten dieser Staatengemeinschaft doch berücksichtigen, daß in vielen Regionen der Welt der Aufbau funktionsfähiger Staaten noch lange nicht abgeschlossen ist und dort ein Angriff auf die bisher allgemein angenommene unbedingte Gültigkeit des Souveränitätsprinzips ausnehmend destabilisierend wirken kann. Die Aushöhlung des durch die Souveränitätsnorm und das Interventionsverbot gewährten Schutzes der territorialen Integrität und der autonom bestimmten gesellschaftlichen Ordnung jeden Staates könnte eine Militarisierung der internationalen Politik nach sich ziehen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß Staaten (oder politische Eliten), die sich im Gefolge des Präzedenzfalles Kosovo nunmehr als potentiell bedroht wahrnehmen, versuchen, ein militärisches Faustpfand in Form des Besitzes von Massenvernichtungswaffen der einen oder anderen Art anzustreben.

Aus chinesischer Sicht verfolgen die USA eine auf Unipolarität abzielende Globalstrategie, die in Asien China als den zentralen Gegenspieler ausgemacht hat, den es zu bekämpfen gilt. Es ist sicherlich so, daß die amerikanische Politik auf die Kontrolle und Einhegung der potentiellen regionalen Gegenmacht China durch organisatorische, aber auch normative Integration in das regionale und globale System zielt. Für den Fall, daß die Strategie der Einbindung nicht zu den gewünschten Ergebnissen führt, baut sie jedoch, so die Annahme der chinesischen Strategen, derzeit eine militärisch untermauerte Rückfallposition auf. Diese soll die amerikanische hegemoniale Stellung in der ost- und südostasiatischen Region notfalls gegen diesen Konkurrenten absichern. Das immer wieder vorgetragene "Engagement" ist nicht als Weg zu einer gemeinsamen, gleichberechtigten regionalen Ordnung zu verstehen, sondern dient als Mittel zur Einhegung und Kontrolle Chinas. Mir erscheint die chinesische Interpretation der amerikanischen Asienpolitik als einer anti-chinesischen Politik des "Constraint" (Gerald Segal)²⁹ – der militärisch abgesicherten Nötigung zu Einbindung unter die amerikanisch dominierte asiatische und globale Ordnung – eminent plausibel.

Aus chinesischer Sicht ist der Kosovo-Einsatz ein Baustein auf dem Weg zu einer amerikanisch dominierten Welt. Europa sollte sich klar sein, daß es über kurz oder lang Position beziehen muß zur amerikanischen Asienpolitik. Es könnte als Brücke zwischen den Regionen und Kulturen fungieren, wenn es den chinesischen Ansatz der multipolaren Ordnung aufgreift und das Gespräch zwischen den Polen der Welt intensiviert. Dabei gilt es, die europäische Eigenständigkeit gegenüber den USA herauszustreichen, die Einzigartigkeit und Komplementarität der verschiedenen Pole sichtbar zu machen und gegen die von den USA forcierte realpolitische Dimension einen auf interkulturelle Verständigung abzielenden Raum der Annäherung zwischen Gleichen aufzubauen. Die Chancen dazu sind – gerade wegen der relativen Distanz zwischen Europa und Asien, wegen der marginalen Verstrickungen – nicht schlecht, wenn die Europäer nur ein wenig mehr Autonomie wagen.

²⁹ Gerald Segal, East Asia and the 'Constraint' of China, in: Michael E. Brown/Sean M. Lynn-Jones/Steven E. Miller (Hg.), East Asian Security, Cambridge Mass., 1996, 159-187.